



Liestal, 2. März 2017

SP WILL FACHKOMPETENZ STATT MACHTPOLITIK IN BILDUNGSFRAGEN

Die Stossrichtung ist klar: Regierungsrätin Monica Gschwind will in der Bildung nicht mehr auf Fachwissen sondern auf Machtpolitik setzen. Die SP Baselland spricht sich in ihrer Stellungnahme dezidiert gegen die Abschaffung des Bildungsrats aus – und äussert sich konsequenterweise auch nicht zu Stundentafeln und ähnlichem. Diese gehören in die Kompetenz des demokratischen Fachgremiums, nicht in die Tagespolitik!

Eigentlich ist es unbestritten: Bildung ist ein äusserst wertvolles Gut. Gerne wird sie auch als „die einzige Ressource unseres Kantons“ bezeichnet. Gerade deshalb braucht es besonders sorgsame Entscheide, wenn es um die Zukunft unserer Bildungslandschaft geht. Mit der vorgeschlagenen Abschaffung des demokratischen Bildungsrates will Regierungsrätin Monica Gschwind die Bildung in Zukunft nach den tagespolitischen Mehrheiten richten. Ersetzt werden soll er durch einen undemokratischen sogenannten „Beirat Bildung“ ohne Entscheidungskompetenz. Das ist fahrlässig! Es darf nicht sein, dass im Kanton Basel-Landschaft die Weiterentwicklung der Schulen von der tagespolitischen Wetterlage abhängig gemacht wird!

Das Stimmvolk hat in mehreren Abstimmungen den Bildungsrat als demokratisches Fachgremium anerkannt und eine grössere politische Einflussnahme auf Lehrpläne, Stundentafeln und Lehrmittel klar abgelehnt. Dies scheint der amtierenden Bildungsdirektorin herzlich egal zu sein. Die Machtpolitik der Rechten zielt auf das Ausschalten von demokratischen Fachgremien ab. Lieber umgibt man sich mit selbst eingesetzten, undemokratischen „Beiräten“ ohne Kompetenzen.

Zu den Entwürfen betreffend Lehrpläneinführung und Stundentafel für die Sekundarstufe, die ebenfalls zur Stellungnahme an die politischen Parteien gingen, nimmt die SP Baselland konsequenterweise nicht Stellung. Stundentafeln und Lehrpläne gehören in die Kompetenz des Bildungsrates. Wir vertrauen den Entscheiden des demokratischen Fachgremiums und unterstützen diese.

Wichtig ist aber eine möglichst zeitnahe Einführung von Lehrplan und Stundentafel ohne Übergangslösungen. Mit dem sogenannten Marschhalt und der Einberufung immer neuer undemokratischen Begleit- und Beirats-Gruppen hat Regierungsrätin Monica Gschwind schon zu viel Zeit verschwendet. Die Schulen brauchen Planungssicherheit, die umliegenden Kantone einen verlässlichen Partner.

Weitere Auskünfte:

Miriam Locher, Fraktionspräsidentin und BKSK-Mitglied
Roman Brunner, Landrat, BKSK-Mitglied
Adil Koller, Präsident SP BL

076 445 07 22
079 518 66 83
079 222 03 55

Sozialdemokratische Partei
Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.zukunftstatabbau.ch

**ZUKUNFT
STATT
ABBAU**